INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 4/1988 – Dezember

Die Konjunktur hat sich 1988 völlig anders entwickelt als erwartet. Die prognostizierten sehr niedrigen Wachstumsraten wurden weit übertroffen, der in den INFORMATIONEN für wahrscheinlich gehaltene konjunkturelle Umschwung in Richtung auf Rezession ist nicht eingetreten. Das Jahr 1988 dürfte mit einem Zuwachs des realen Bruttosozialprodukts um rund dreieinhalb Prozent das wachstumsstärkste der achtziger Jahre gewesen sein. Der konjunkturelle Aufwärtstrend hat sich bis zuletzt fortgesetzt, industrielle Produktion und Auftragseingänge sind nach oben gerichtet, die industrielle Kapazitätsauslastung hat mit mehr als 87 Prozent den Höhepunkt seit der Krise von 1974/75 erreicht.

Die konjunkturellen Fehlprognosen hängen vor allem mit der überraschend kräftigen Expansion des Welthandels im allgemeinen und der bundesdeutschen Exporte im besonderen bei stabiler Inlandsnachfrage zusammen. Die Abwertung des Dollar hat dem Welthandel nicht geschadet – sie hat im Gegenteil die US-amerikanische Wachstumsphase verlängert, während ein kräftiges, beschleunigtes Wachstum in Asien neue Absatzspielräume für den Welthandel eröffnet hat. Der seit 1974/75 zu beobachtende Gleichlauf der internationalen Konjunkturen hat sich 1987/88 stark gelockert.

Vor dem Hintergrund expandierender Auslandsmärkte hat sich auch die Investitionstätigkeit wieder stark belebt. Dabei stellt der hohe Auslastungsgrad aber nur ein stimulierendes Moment dar. Denn die Erweiterungsinvestitionen stagnieren, während die Rationalisierung stark zunimmt. Die extrem hohen Gewinne und Eigenfinanzierungsquoten der Unternehmen erlauben diesen eine intensive Modernisierungsaktivität. Zudem dürfte die Vorbereitung auf den „EG-Binnenmarkt", welcher den Konkurrenzdruck verschärfen wird, Rationalisierungsinvestitionen zusätzlich anregen.

Ein Jahr nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 bleiben die Geld- und Kapitalmärkte zwar der Labilitätsfaktor Nummer eins, die befürchteten negativen Auswirkungen auf Konsum und Investitionen sind aber nicht eingetreten. Im Gegenteil: Vor dem Hintergrund wirtschaftspolitisch erfolgreicher „Feuerwehraktionen" hat die im Zeichen von Rezessionsangst Ende 1987 stark gelockerte Geld- und Finanzpolitik der Regierungen die Konjunktur per saldo eher angekurbelt.

Die Frankfurter Allgemeine versteigt sich in ihrem Konjunkturbericht vom November zu der Formulierung: „1988 ist zu einem der besten Wirtschaftsjahre in der Nachkriegszeit geworden." Dies ist nicht nur absurd, wenn man auf 2,3 Millionen registrierte Arbeitslose blickt, es ist auch in den Punkten Wachstum, Inflation, soziale Sicherheit unzutreffend. Allerdings trifft es auf die Gewinnsituation zu. Nach einem sechsjährigen ununterbrochenen Anstieg der Unternehmergewinne ist es 1988 zu einem erneuten Gewinnboom gekommen, der den Unternehmen und Selbständigen einen Einkommenszuwachs um rund zehn Prozent gebracht hat.

Dagegen hat sich die Situation am Arbeitsmarkt trotz des weiteren leichten Beschäftigungszuwachses erneut verschlechtert: Selbst in einem konjunkturell so guten Jahr wie 1988 reicht das Wachstum nicht aus, um den zusätzlich Arbeitsuchenden ausreichend neue Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Die tatsächliche Arbeitslosigkeit dürfte sich 1988 weiter um rund 50 000 Personen erhöht haben.

Die bislang vorliegenden Wirtschaftsprognosen für 1989 gehen sämtlich davon aus, daß sich das Wirtschaftswachstum in deutlich abgeschwächtem Tempo fortsetzen wird. Mit einer Stagnation oder gar einer Rezession aber wird nicht gerechnet. Die Abschwächung hängt vor allem mit der starken Beruhigung beim Konsum zusammen. Nach den vorliegenden Prognosen werden die Masseneinkommen 1989 langsamer steigen, während die Inflation sich weiter beleben wird. Die Realeinkommen der Beschäftigten werden nicht mehr zunehmen, die reale Kaufkraft wird stagnieren.

Dagegen weisen die bislang bekannten Investitionsplanungen der Unternehmen auf eine Fortsetzung des expansiven Rationalisierungstrends hin, während von der 1988 noch expansiv wirkenden Wirtschaftspolitik eher leicht restriktive Wirkungen ausgehen werden. Entscheidend bleibt der Außenhandel, der nach vorliegenden Vorausschätzungen nur wenig verlangsamt expandieren soll. Ein großer Unsicherheitsfaktor ist dabei die Situation in den USA, auch die Wirtschaftspolitik der neugewählten US-Administration. Nur wenn es dort zu einem Ende der langen konjunkturellen Wachstumsphase kommen sollte (wofür einige jüngere Indikatoren sprechen), würde damit ein Ende der Aufschwungsphase auch in Westeuropa eingeleitet werden.

INHALT

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Sozialprodukt
1.2 Produktion
1.3 Industriebranchen
1.4 Geld- und Kapitalmarkt
1.5 Ein Jahr nach dem „Krach"
1.6 Investitionen
1.7 Außenwirtschaft

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne
2.2 Konzentration
2.3 Einkommensverteilung

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter
3.2 Preise
3.3 Reform im Gesundheitswesen
3.4 Neue Inhalte der Tarifpolitik
3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

1.1 Sozialprodukt

Die wirtschaftliche Entwicklung ist 1988 deutlich besser verlaufen als erwartet. Die Wachstumsprognosen vom Jahreswechsel 1987/88, die noch unter dem Eindruck des „Börsenkrachs" vom Oktober 1987 gestanden hatten, wurden weit übertroffen. Gemessen am Wachstum des Bruttosozialprodukts (BSP) dürfte das Jahr 1988 das beste der achtziger Jahre geworden sein.

Ein Vergleich der Prognose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Januar 1988 mit der Schätzung des „Herbstgutachtens" der Wirtschaftsforschungsinstitute vom Oktober 1988 zeigt, wie weit sich Prognose und reale Entwicklung voneinander entfernt haben.

Prognosen und Realität[1]

	Prognose für 1988[2]	Ergebnis 1988[2]	Prognose für 1989[3]
Priv. Verbrauch	+3,0	+3,0	+2,0
Staatsverbrauch	+1,5	+2,0	0,0
Investitionen	+1,0	+5,5	+3,5
Ausrüstungen	+2,5	+5,5	+5,0
Bauten	−0,5	+5,5	+2,5
Export	0,0	+5,0	+4,0
Import	+2,5	+6,5	+4,0
BSP	+1,0	+3,5	+2,0

1 Veränderung in Prozent, preisbereinigt
2 DIW, Januar 1988
3 „Herbstgutachten" 1989, Schätzung bzw. Prognose

Auch in den INFORMATIONEN wurde die ökonomische Perspektive falsch eingeschätzt. So hieß es dort in Nr. 4/87: „National sind alle Voraussetzungen für eine neue Rezession gegeben . . . So bleibt entscheidend, ob es nach der Stagnation der Exporte im abgelaufenen Jahr 1988 wieder zu einer Belebung der Ausfuhren kommt, wie es die Prognosen voraussetzen. Nach dem Verfall des Dollar ist dies aber noch unwahrscheinlicher als vor dem Oktober 1987." Doch genau das ist eingetreten, und zwar in einem überraschend kräftigen Ausmaß: Die Exporte sind stark gestiegen, der Welthandel hat um real mehr als fünf Prozent zugenommen. Die Wirkung der Dollarabwertung auf die bundesdeutschen Exporte wurde überschätzt. Vor allem aber ist darauf hinzuweisen, daß die internationalen Konjunkturen 1987/88 nicht mehr synchron verlaufen sind: In Japan und in Asien hat es eine Beschleunigung des Wachstums und der Importe gegeben, so daß die USA – deren Exporte durch die Dollarabwertung begünstigt wurden – zusätzliche Absatzmärkte gefunden haben, ohne daß die westeuropäischen und bundesdeutschen Exportspielräume eingeengt wurden. Der kleine Exportboom der USA hat dort die rezessiven Tendenzen des Binnenmarktes überlagert und zur weiteren Verlängerung der konjunkturellen Wachstumsphase beigetragen.

Die überraschend günstige Entwicklung des Außenhandels hat die industrielle Kapazitätsauslastung der exportorientierten Investitionsgüterindustrien gestützt und so – vor dem Hintergrund außerordentlich hoher Gewinne und günstiger Finanzierungsbedingungen der Unternehmen – vor allem Rationalisierungsinvestitionen stimuliert. Daneben hängt das relativ hohe Wachstum des Jahres 1988 auch mit einigen Sonderfaktoren wie dem die Baukonjunktur stützenden milden Winter 1987/88, den anhaltend niedrigen Rohölpreisen und vorgezogenen Käufen für Pkw (Auslaufen von Steuerbegünstigungen) und Sozialversicherungsleistungen (Gesundheitsreform) zusammen.

Per saldo ist es 1988 nicht zu der hier erwarteten konjunkturellen Wende gekommen. Zwar wird für 1989 wieder mit einer Abschwächung des Wachstums gerechnet, aber doch nicht mit einer Stagnation oder gar Rezession. Bei sich abschwächendem privaten und öffentlichen Verbrauch und einer immer noch vergleichsweise stabilen „Investitionsneigung" ist wiederum die Außenwirtschaft entscheidend. Dabei dürfte die Frage eine zentrale Rolle spielen, ob es in den USA zu rezessiven Tendenzen kommt. Die jüngsten Konjunkturdaten aus den USA sprechen zwar eher für eine starke Abschwächung der dort seit 1982 anhaltenden Wachstumsphase – es dürfte aber auch von der Wirtschaftspolitik der neuen US-Administration abhängen, ob sich diese stagnativen Tendenzen in den kommenden Monaten fortsetzen oder ob das Wachstum anhält.

1.2 Produktion

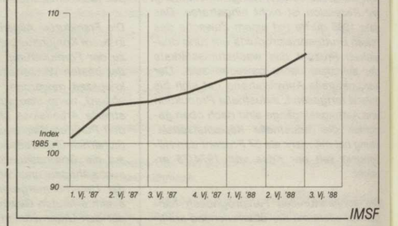
Die Erzeugung des produzierenden Gewerbes, insbesondere der Industrie, ist – klammert man statistische Verzerrungen durch unterschiedliche Ferientermine aus – bis zuletzt deutlich aufwärts gerichtet gewesen.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe[1]

1987				1988		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.[2]
100,4	102,9	103,2	103,9	105,0	105,2	106,9

1 Index 1985 = 100
2 Vorläufig
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Dabei fällt besonders die Erholung im Investitionsgüterbereich auf, während im Verbrauchsgütergewerbe nur noch schwache Aufwärtstendenzen festzustellen sind.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes[1]

	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.[2]
Insgesamt	+1,3	+4,9	+0,8	+5,5	+3,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	+4,0	+6,5	+4,3	+7,6	+6,8
Investitionsgüter	+1,7	+6,3	+0,3	+8,0	+4,2
Verbrauchsgüter	+1,3	+6,4	−2,0	+2,5	−0,7

1 1988 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Parallel dazu steigen auch die industriellen Auftragseingänge. Dabei nehmen zwar auch die Inlandsaufträge – vor allem im Investitionsgüterbereich – zu, am stärksten ist die Dynamik aber eindeutig bei den ausländischen Bestellungen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs[1]

1987				1988		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
105	107	110	109	112	114	118

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Im Mittelpunkt stehen – sowohl im Inland wie im Ausland – die Investitionsgüter, während sowohl bei den Grundstoffen als auch bei den Verbrauchsgütern die Expansionstendenz nur schwach ist.

Es zeigt sich deutlich eine Verlagerung der Konjunkturdynamik weg von den nur noch langsam zunehmenden Verbrauchsgüterbestellungen hin zu den Investitionsgütern, wobei hier der Export im Mittelpunkt steht.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe[1]

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
Mai	+12,7	+14,1	+12,8	+14,1
Juni	+14,3	+13,4	+15,9	+11,6
Juli	+ 4,4	+ 0,5	+ 7,8	+ 1,8
August	+13,8	+17,6	+12,2	+16,1
September[2]	+ 9,7	+10,2	+11,2	+ 4,8

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
2 Vorläufige Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

1.3 Industriebranchen

Die günstige Konjunkturlage macht sich in fast allen Branchen bemerkbar und überdeckt verschiedentlich strukturelle Krisenerscheinungen.

Dies gilt vor allem für die **eisenschaffende Industrie.** Dort wurden die düsteren Absatzprognosen durch einen „Stahlboom" (Commerzbank) über den Haufen geworfen, der die Produktion 1988 um 13 Prozent auf rund 41 Millionen Jahrestonnen Rohstahl hochgetrieben und den Stahlkonzernen bei einer Rekordauslastung von 85 Prozent eine regelrechte Gewinnschwemme beschert hat, den Beschäftigten Überstunden und einen nur leicht verzögerten Personalabbau. Jedenfalls lassen sich die Unternehmen von den geplanten „Umstrukturierungen und Personalanpassungen" nicht abbringen, bis zur Jahresmitte 1988 ist der zwischen 1987 und 1989 vorgesehene Abbau von 40 000 Arbeitsplätzen „zur Hälfte über die Bühne gegangen" (Commerzbank).

Die Gründe für den unerwarteten „Stahlboom" sind selbst für Experten nicht ganz durchsichtig. Sicherlich ist auf die unerwartet stabile (aber doch nicht mehr expansive) Situation in der Automobilindustrie und auf den unerwartet starken (teilweise saisonal begünstigten) Aufschwung der Bauwirtschaft zu verweisen. Auch wurden die Lager vor dem Hintergrund relativ niedriger Nominalzinsen und steigender Preise aufgestockt, international hat es in einigen Industrie- und Schwellenländern Streiks und technische Betriebsstörungen im Stahlbereich gegeben. Schließlich hat die Erhöhung der Schrottpreise die Konkurrenz z. B. der italienischen Ministahlwerke („Bresciani") behindert. Trotzdem erklärt das nicht völlig die Länge und Intensität des Booms. Für 1989 wird – ab Jahresmitte – wieder ein Produktionsrückgang erwartet, der aber milde ausfallen soll. Allerdings zeigt die Erfahrung dieses Jahres, wie „verläßlich" solche Prognosen sind.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen[1]

	1. Vj. 88	2. Vj. 88	Juli	August[2]
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 4,5	+ 2,2	+ 0,8	+ 5,5
Eisenschaffende Industrie	+10,7	+ 5,9	+ 6,0	+23,1
Chemische Industrie	+ 4,7	+ 4,3	+ 2,8	+ 5,0
Maschinenbau	+ 1,8	− 1,5	+ 2,5	+ 8,9
Straßenfahrzeugbau	− 1,1	− 1,1	− 6,4	+ 6,9
Elektrotechnik	+ 3,9	+ 5,1	+ 3,6	+ 6,2
EDV-Geräte	+ 7,8	+17,8	− 9,4	+24,8
Textilgewerbe	− 1,3	− 2,6	−10,6	+ 6,4
Bekleidungsgewerbe	− 3,0	− 3,2	− 8,1	− 3,6
Bauhauptgewerbe	+36,7	− 2,9	− 6,2	− 2,3

1 In % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufig
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Auch die **chemische Industrie** freut sich über einen Produktionszuwachs von vier bis fünf Prozent 1988 und – bei gesunkenen Rohstoffpreisen – über steigende Absatzpreise. Während die Beschäftigung nur minimal ansteigt, wird mit einem Gewinnzuwachs in der Dimension von 30 Prozent gerechnet. Dabei profitieren die Chemiekonzerne auch von den niedrigen Lohnerhöhungen, die der für drei Jahre (1987 bis 1990) abgeschlossene Tarifvertrag in der chemischen Industrie vorsieht.

Nach einer siebenjährigen Phase rasch steigender Gewinne bleibt aber auch dort „Jammern der Gruß der Händler" (armenisches Sprichwort): Klagen gelten vor allem der Umwelt- und Abfalldiskussion und den damit verbundenen Belastungen.

„Es geht dem **Maschinenbau** befriedigend, aber nicht überschäumend gut", behauptet Dr. Paetzold, Präsident des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA). Dies ist eher unterkühlt, denn ein Anstieg der Produktion um real vier Prozent (bei rückläufigen bzw. stagnierenden Beschäftigtenziffern) ist ein deutlich besseres Ergebnis als noch vor wenigen Monaten erwartet worden war. Der geplante Abbau von Handelsbeschränkungen im Rahmen der Realisierung eines „europäischen Binnenmarkts" beinhaltet positive Perspektiven besonders für den international sehr erfahrenen und exportstarken bundesdeutschen Maschinenbau: Am westeuropäischen Maschinenmarkt (Gesamtabsatz von ca. 360 Milliarden DM) haben die deutschen Unternehmen schon jetzt einen Anteil von 30 Prozent, gefolgt in weitem Abstand von Großbritannien (15), Frankreich (14) und Italien (13). Sie hoffen, ihren Vorsprung in den nächsten Jahren weiter ausbauen zu können.

In der **Elektroindustrie** verzeichnen derzeit beide große Sparten (Gebrauchs- und Investitionsgüter) günstige Ergebnisse. Der Gesamtproduktionszuwachs der Branche wird 1988 auf etwa sechs Prozent geschätzt. Die Beschäftigung ist minimal aufwärts gerichtet. Für 1989 wird ein nur wenig abgeschwächter Zuwachs erwartet, vor allem im Investitionsgüterbereich. Bei den Verbrauchsgütern sind die Prognosen eher gedämpft, hier werden keine neuen Impulse mehr erhofft.

Die **Automobilindustrie** hat 1988 ihren konjunkturellen Höhepunkt überschritten, Absatz und Produktion blieben allerdings stabiler als erwartet. Bei eher günstigeren Entwicklungen im Nutzfahrzeugbereich bestimmten die mit etwa drei Prozent rückläufigen Inlandszulassungen von Pkw die Gesamtsituation. Im letzten Quartal dürfte der Rückgang noch stärker ausfallen, da Vorzieheffekte bei der Anschaffung schadstoffgeminderter Pkw entfallen. Daß der Gesamtabsatz der westdeutschen Automobilindustrie trotzdem 1988 nur um ein bis zwei Prozent niedriger ausfallen wird als 1987, ist vor allem der gesunkenen Importquote (von 34,8 auf 34 Prozent) zu verdanken. Der Export ist nur minimal gesunken (minus 0,6 Prozent im ersten Halbjahr), wobei Exportzunahmen in Westeuropa und Japan durch einen scharfen Einbruch im Nordamerikageschäft (minus 44 Prozent im ersten Halbjahr) kompensiert wurden. Für 1989 erwarten die Experten einen Rückgang der Inlandszulassungen um rund fünf Prozent und der Exporte um rund drei Prozent, so daß doch mit einem deutlichen Produktionsrückgang (um vier bis fünf Prozent) gerechnet werden muß. Damit ist die Automobilindustrie eine der wenigen großen Branchen, in der (auf hohem Niveau) rezessive Tendenzen überwiegen. Die zu erwartende Abschwächung dürfte dabei nicht nur konjunktureller Natur sein. Die weltweiten Überkapazitäten und die Vorbereitung auf den EG-Binnenmarkt mit der Tendenz zu Unternehmenskooperationen und Standortverlagerungen in die EG-Peripherie (Spanien, Portugal) dürften in den nächsten Jahren zu einschneidenden Strukturveränderungen führen.

Die **Textil- und Bekleidungsindustrien** beschäftigen immer noch etwa 400 000 Arbeiter und Angestellte, ihre Entwicklung ist also doch noch von einiger Bedeutung für das Beschäftigungssystem und die Gesamtwirtschaft. Trotz der günstigen Verbrauchskonjunktur aber geht die Produktion trendmäßig weiter zurück; im ersten Halbjahr 1988 war sie bei Textilien um zwei, bei Bekleidung um dreieinhalb Prozent niedriger als 1987. Die Branche, vor allem die Textilindustrie, orientiert sich verstärkt auf Exporte und rationalisiert intensiv. In der Folge schrumpft die Beschäftigung selbst in vergleichsweise günstigen Zeiten wie jetzt um etwa zwei Prozent jährlich. Ein wichtiges Thema der Textilunternehmer sind die „Maschinenlaufzeiten". Im Zuge einer raschen Modernisierung streben die Unternehmen eine intensivere Nutzung der flexiblen Produktionsanlagen an und möchten zu diesem Zweck u. a. Samstag- und Sonntagsarbeit ausdehnen.

Die **Bauwirtschaft** hat 1988 erheblich zum vergleichsweise kräftigen Wirtschaftswachstum beigetragen. Zwar ist die Zunahme der Bauinvestitionen um annähernd sechs Prozent im laufenden Jahr durch das erste Quartal (Zunahme um rund 20 Prozent) saisonal stark überhöht, aber trotzdem ist die Bauaktivität tendenziell wieder aufwärts gerichtet – während die Beschäftigung weiter sinkt. Getragen wird die Baukonjunktur in erster Linie vom Wohnungsbau, der sich – allerdings von einem außerordentlich niedrigen Niveau aus – deutlich belebt hat. Aber auch der Wirtschaftsbau und – in geringerem Maße – der öffentliche Bau expandieren. Stimuliert wird der Wohnungsbau von den wachsenden Reparatur- und Modernisierungsaktivitäten, zusätzlich dürften die Zinserwartungen (bei niedrigen Nominalzinsen eher Erwartungen von Zinssteigerungen) den Eigenheimbau aktiviert haben.

1.4 Geld- und Kapitalmarkt

Die unerwartete Beschleunigung der Wirtschaftstätigkeit im Laufe des Jahres in der Bundesrepublik spiegelt sich kaum auf dem Geld- und Kapitalmarkt wider. Nur die öffentliche Hand sorgt für eine Belebung der Nachfrage nach Krediten und festverzinslichen Wertpapieren.

Wie aus der Tabelle „Konsolidierte Bilanz des Bankensystems" hervorgeht, sind die jährlichen Zuwachsraten der Kredite an öffentliche Haushalte von 5,3 Prozent Ende 1987 auf fast 10 Prozent Ende September 1988 gestiegen, während die Kredite an Unternehmen und Private nur mäßig expandierten. Die relative Zurückhaltung bei diesen Krediten ist auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Eigenfinanzierungsquote bei den Unternehmen extrem hoch ist und fast die Höhe der Bruttoinvestitionen erreicht. Bei den Nettoauslandsforderungen ist der Rückgang um 5 Prozent im zweiten und dritten Quartal Folge des hohen Leistungsbilanzüberschusses, der die Abflüsse im Rahmen der Kapitalbilanz übersteigt.

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1987 Dez. Milliarden DM	1988 Sept.[2]	1987 Jahr	1. Vj.	1988 2. Vj.	3.Vj.[2]
			Veränderung gegenüber in %			
Kredite an inländische Nichtbanken	2 214,2	2 296,5	3,0	5,0	5,9	5,7
– Unternehmen u. Private	1 699,8	1 752,2	3,5	4,1	4,8	4,4
– Öffentliche Haushalte	514,4	544,3	5,3	8,0	9,5	9,9
Netto-Auslandsforderungen	270,8	248,9	19,1	2,1	–5,1	–5,1
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten[1]	1 372,6	1 422,5	4,9	3,8	3,2	2,8
darunter: Spareinlagen und -briefe	428,7	416,2	4,8	2,4	0,8	–0,1
Geldvolumen (M_3)	1 112,4	1 122,9	5,9	5,9	6,5	6,8

1 Einschließlich „Zentralbankeinlagen der öffentlichen Haushalte" und „Sonstige Einflüsse"
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Auf der Passivseite wächst die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten nur geringfügig; der Mittelzufluß bei den Spareinlagen und -briefen ist praktisch zum Stillstand gekommen. Die Deutsche Bundesbank führt dazu zwei Gründe an: „Diese wenig befriedigende Entwicklung dürfte zum einen die bis in die Berichtsperiode hinein sehr niedrigen inländischen Zinssätze am ‚längeren Ende' der Finanzmärkte widerspiegeln. Zum anderen spielte für die schwache Geldkapitalbildung bei den heimischen Banken wohl nach wie vor auch der geplante Quellensteuerabzug eine Rolle" („Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", September 1988, S. 13).

Das Geldvolumen M_3, das die Notenbank seit Anfang des Jahres dem Geldmengenziel zugrunde gelegt hat und dessen Entwicklung seither enger mit der Währungspolitik im Zusammenhang steht, überschritt deutlich die Obergrenze des Zielkorridors, der für 1988 zwischen 3 und 6 Prozent festgesetzt wurde.

Auf dem Kapitalmarkt ist der Absatz von Anleihen der öffentlichen Hand der einzige unter den inländischen festverzinslichen Wertpapieren mit positiven Vorzeichen, während die Nettoemissionen der ausländischen Rentenwerte auf neue Rekordmarken emporschnellten. Zwischen dem Rückgang der Bankschuldverschreibungen und dem Zuwachs der ausländischen festverzinslichen Wertpapiere besteht ein direkter Zusammenhang: Da die Zinserträge von DM-Anleihen ausländischer Schuldner nicht der ab 1989 erhobenen Quellensteuer unterliegen werden, genießen diese Titel einen Kostenvorteil. Wie die Bundesbank schreibt: „Vor allem inländische Kreditinstitute haben diesen Kostenvorteil genutzt und über ihre im Ausland ansässigen Tochterinstitute in erheblichem Umfang längerfristige Mittel aufgenommen; im Berichtszeitraum entfiel rund ein Viertel des Mittelaufkommens aus dem Bruttoabsatz von DM-Auslandsanleihen auf solche Emissionen" (ebenda, p. 19). Im Klartext heißt das: Die Kreditinstitute zeigen sich zurückhaltend bei neuen Emissionen von inländischen Bankschuldverschreibungen (vgl. Tabelle) und besorgen sich zum Teil durch ihre ausländischen Tochterinstitute die benötigten Gelder.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren (Millionen DM)

	1987 Jahr	1. Hj.	3. Vj.	1. Hj.	1988 3. Vj.[1]
Anleihen der öffentlichen Hand	59 678	35 909	13 268	24 708	13 700
Kommunalobligationen	5 960	3 354	1 164	243	– 400
Sonstige Bankschuldverschreibungen	22 489	17 301	5 298	–4 573	–1 100
Industrieobligationen	– 27	– 160	153	– 89	–
Ausländische Rentenwerte	24 839	15 374	8 666	27 369	13 000
Absatz = Erwerb insgesamt	113 029	71 778	28 549	47 658	26 700
darunter: Kreditinstitute	44 319	19 925	12 707	18 742	. .
Inländische Nichtbanken	34 441	17 102	16 486	27 919	. .
Ausländer	34 980	35 180	– 497	957	. .

1 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Der Aktienabsatz inländischer Stellen war zwischen Januar und September 1988 ebenfalls relativ niedrig: im Nominalwert 1,4 Milliarden DM gegenüber 2,1 Milliarden in demselben Zeitraum 1987. Beim Sekundärmarkt hat der Börsenhandel mit Aktien erheblich nachgelassen, während die Börsenumsätze von Rentenwerten weiter gestiegen sind; obwohl die Abgrenzungsveränderung in der Statistik dieser Umsätze ab 1988 einen genauen Vergleich nicht gestattet, scheint der Handel mit Rentenwerten stark expandiert zu haben. Auch bei dem Mittelaufkommen der Kapitalanlagegesellschaften zeigt sich ein ähnliches Bild: In den ersten neun Monaten d. J. sind den Rentenfonds mehr Mittel (12 Milliarden DM) als im ganzen Jahr 1987 zugeflossen; bei den Aktienfonds ist die Tendenz in den letzten Monaten rückläufig.

Zinsen, Rendite und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrentkredite	Renditen von Anleihen der öffentlichen Hand	Index der Aktienkurse[2]
	in %		30. 12. 1980 = 100
1986			
1. Vj.	7,35	6,1	295,7
2. Vj.	7,04	5,7	302,2
3. Vj.	7,04	5,8	289,4
4. Vj.	7,00	6,0	295,5
1987			
1. Vj.	6,85	5,7	262,9
2. Vj.	6,63	5,5	261,3
3. Vj.	6,65	6,0	285,6
4. Vj.	6,62	6,2	220,4
1988			
1. Vj.	6,34	5,8	197,1
2. Vj.	6,31	6,0	208,3
3. Vj.	6,75	6,4	224,7

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM
2 Statistisches Bundesamt
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, lfd.)

Nach der Diskonterhöhung der Bundesbank im Juli und August tendieren Zinsen und Renditen wieder nach oben. Der Index der Aktienkurse hat sich in den letzten Monaten gefestigt, aber er war Mitte Oktober noch um etwa 20 Prozent niedriger als Mitte Oktober 1987, vor dem Aktiensturz an den Weltbörsen. Auch in anderen wichtigen Börsen (New York, London, Zürich) liegen die Aktienkurse heute um 20 bis 25 Prozent unter dem Niveau, das sie Mitte Oktober 1987 erreicht hatten; nur an der Tokioter Börse sind die Aktiennotierungen im Berichtszeitraum gestiegen. Das bestätigt, daß die Finanzwelt die durch den Börsenkrach verursachten Erschütterungen noch nicht ganz überwunden hat: Der beste Beweis dafür ist, daß die Börsenumsätze 1988 an der Wall Street auf das Niveau von 1975 gerutscht sind.

1.5 Ein Jahr nach dem „Krach"

Der Börsenkrach vom 19. Oktober 1987 ist insgesamt doch recht glimpflich überstanden worden – viele Beobachter meinen sogar: zu glimpflich. Die auch hier vorhergesagten negativen Auswirkungen auf Investitionen, Konsum und Konjunktur sind ausgeblieben. Im Gegenteil: Da die Wirtschaftspolitik, getrieben von der verbreiteten Rezessionsangst, in allen großen Ländern auf „Konjunkturankurbelung" umgeschaltet hatte (öffentliche Geldspritzen, Zinssenkungen, zusätzliche öffentliche Ausgabenprogramme) hat der Börsenkrach paradoxerweise per saldo die Konjunktur eher stimuliert.

Dies war möglich, weil es relativ rasch gelang, die Situation an den Börsen und im Devisenhandel selbst unter Kontrolle zu bekommen. Inzwischen ist bekannt, daß vor allem in Japan, aber auch in den USA Unternehmen und Banken gezielte Stützungskäufe von Aktien vorgenommen haben. Der Dollar wurde durch „konzertierte" Eingriffe der Notenbanken vom Tiefstand am Jahresende 1987 (1 Dollar = DM 1,58) wieder auf ca. DM 1,80 (bzw. 125 Yen) angehoben. Hektische Kursschwankungen zwischen DM 1,70 und DM 1,90 prägen das Bild.

Die Börsenkurse konnten stabilisiert werden, in Asien setzte ein erneuter Aufschwung ein.

Weltbörsen seit dem Krach

	14. 10. 87	19. 10. 87[1]	30. 10. 87	31. 12. 87	30. 6. 88	17. 11. 88
New York[2]	2 413	1 738	1 993	1 939	2 142	2 052
Tokio[3]	26 646	21 910	22 765	21 564	27 769	29 077
London[4]	1 835	1 439	1 361	1 373	1 483	1 477
Frankfurt[5]	631	570	497	425	473	522

1 19. bzw. 20. Oktober 1987
2 Dow Jones Index, Industrie
3 Nikkei Stock Index
4 FT-Ordinary-Index
5 FAZ-Index

Vor allem die Tokioter Börse, die als am stärksten spekulativ übersteigert galt und wo die Unternehmen, veranlaßt durch die Regierung, durch direkte Aktienkäufe stützend eingegriffen hatten, hat sich rasch wieder erholt und die „Vor-Krach-Werte" schon wieder deutlich übertroffen. Dagegen haben die europäischen Börsen, darunter auch die Frankfurter, sich eher schwer getan. In Frankfurt hat der Index bis jetzt sogar den Wert vom „blutigen Montag" nicht wieder erreicht – vor allem, weil Ausländer massiv aus deutschen Aktien ausgestiegen sind.

Wurde der Krach von vielen – verharmlosend – als „reinigendes Gewitter" beschrieben, so kann nun, mehr als ein Jahr später, festgestellt werden, daß der Blitz nicht eingeschlagen hat, die Atmosphäre aber auch nicht gereinigt wurde. Denn das grundlegende Ungleichgewicht zwischen einer eher gedämpften Wirtschaftslage und aufgeblähten Kursen und Aktivitäten an den Geld- und Kapitalmärkten wurde nur wenig vermindert. In den USA wird der Kurs dadurch gewaltige Übernahmeaktivitäten gestützt: Der letzte und bislang größte Coup war die Übernahme von Kraft Inc. durch Philip Morris, wodurch der größte Nahrungsmittelkonzern der Welt entstanden ist – Philip Morris mußte 13,5 Milliarden Dollar (ca. 20 Milliarden DM) aufbringen.

Das Konzentrationskarussell führt dazu, daß die aufkaufenden Unternehmen sich hoch verschulden und – erweist sich der Kauf als weniger ertragreich als erwartet oder kippt die Konjunktur – in akute Zahlungsschwierigkeiten geraten können.

Wie labil die Lage an den Aktien- und Devisenbörsen ist, zeigte sich z. B. in der Woche nach der Präsidentschaftswahl in den USA, als der Dollar in wenigen Tagen etwa zehn Pfennig einbüßte und der „Dow Jones" von 2118 auf 2038 absackte.

Viele Kommentatoren registrieren zudem mit einiger Besorgnis, daß die mit großem Aufwand eingesetzten Kommissionen zur Reform des Börsenwesens wenig Ergebnisse erbracht haben. Im großen und ganzen ist alles beim alten geblieben. Da zudem die Ungleichgewichte im Welthandel und die Defizitsituation der USA kaum an Bedeutung verloren haben, bleibt die Situation angespannt, erscheint ein Vorgang wie der Krach vom Oktober '87 als durchaus wiederholbar. Ob die Auswirkungen auf die Konjunktur dann ebenso rasch überwunden werden können wie 1987 ist allerdings fraglich.

1.6 Investitionen

Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen in der Bundesrepublik haben sich deutlich belebt. Diese Belebung dürfte zwar durch die erwähnten Besonderheiten bei den Bauinvestitionen überzeichnet sein, aber auch die Ausrüstungsinvestitionen haben zugenommen.

Investitionen in der Gesamtwirtschaft[1]

	1986	1987	1988[2]	1989[2]
Ausrüstungen	+4,1	+4,0	+5,5	+5,0
Bauten	+2,4	+0,2	+5,5	+2,5
Anlageinvestitionen insgesamt	+3,1	+1,8	+5,5	+4,0

1 Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr, zu festen Preisen
2 Prognose des „Herbstgutachtens"
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/88, S. 583)

Dies muß allerdings vor dem Hintergrund eines in den 80er Jahren insgesamt niedrigen Investitionsniveaus gesehen werden. Erst im laufenden Jahr haben die Anlageinvestitionen (gerechnet zu festen Preisen) den Stand von 1980, vor dem Beginn der letzten zyklischen Krise, überschritten. Nach den jüngsten Unternehmensbefragungen des Ifo-Instituts in der Industrie wurden in den meisten Branchen die Investitionspläne erweitert, so daß nun mit einem realen Zuwachs der Industrieinvestitionen 1989 um etwa sieben bis acht Prozent (gegenüber viereinhalb Prozent 1988) gerechnet wird. Eine gewisse Ausnahme scheint auch hier die Automobilindustrie zu spielen, die nach Angaben der Commerzbank die Investitionspläne reduziert hat. Statt der ursprünglich geplanten Aufstockung der Etats um zehn Prozent wird 1988 nur eine Zunahme um drei bis vier Prozent errechnet.

Die Investitionsbelebung vollzieht sich vor einer vergleichsweise hohen Kapazitätsauslastung, die mit 87,4 Prozent im September 1988 den bislang höchsten Stand der achtziger Jahre erreicht hat.

Kapazitätsauslastung in der Industrie[1]

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,2	84,5	85,0
1988	84,7	86,0	87,4	

1 in % der betrieblichen Vollauslastung
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Fast die Hälfte der Investitionen dient Rationalisierungszwecken, Kapazitätserweiterungen stehen trotz der hohen Auslastung nur noch zu 27 Prozent (Vorjahr 32 Prozent) im Vordergrund.

Die Investitionstätigkeit der Unternehmen vollzieht sich vor dem Hintergrund außergewöhnlicher Finanzierungsbedingungen. Obwohl die Bruttoinvestitionen durch eine starke Lagerbildung und durch – witterungsbedingte – vorzeitige Fertigstellungen im Baubereich nach oben verzerrt wurden, erreichte die Eigenfinanzierungsquote der Unternehmen Rekordhöhen.

Kredite wurden zur Finanzierung der Investitionen per saldo kaum benötigt: Das „Finanzierungsdefizit" des Unternehmenssektors im 1. Halbjahr 1988 sank auf ganze drei Milliarden DM. Die außeror-

Investitionen und Finanzierung in den Unternehmen[1]

	1985	1986	1987	1. Hj. 1988
Eigenfinanzierungsmittel[2]	183,6	216,3	231,2	135,8
Bruttoinvestitionen	205,3	221,2	239,4	138,5
Lagerbildung	− 0,7	+ 2,1	+10,5	+26,0
Bruttoanlage-investitionen	206,0	219,1	228,9	112,5
Eigenfinanzierungs-quote[3]	89,4%	97,8%	96,6%	98,0%

1 Mrd. DM, Unternehmen ohne Wohnungswirtschaft und Finanzinstitutionen
2 Nichtentnommene Gewinne, Abschreibungen, Saldo der Kapitalzuführungen
3 Eigenmittel in Prozent der Bruttoinvestitionen
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 10/1988, S. 18)

dentlich hohen Gewinne führen vor dem Hintergrund der raschen Modernisierung des Produktionsapparates offensichtlich zu einer kontinuierlicheren Investitionstätigkeit, die zwar auf relativ niedrigem Niveau verläuft, allerdings auch im Konjunkturzyklus weniger stark schwankt als früher.

Für die nächsten Jahre muß auch in Betracht gezogen werden, daß die Unternehmen sich massiv auf den stärkeren Konkurrenzdruck einstellen, der zunächst mit der stärkeren Öffnung der Märkte im Rahmen der Maßnahmen in Richtung des „EG-Binnenmarktes" verbunden sein wird. Dazu gehört auch eine beschleunigte Modernisierung, welche angesichts der hohen Gewinne kaum auf Finanzierungsschwierigkeiten stoßen dürfte.

1.7 Außenwirtschaft

Einer korrekten Erfassung des Außenhandels und ihrer Vergleichbarkeit mit den Vorjahren stehen immer noch Schwierigkeiten im Wege, die mit einer Umstellung der Statistik zusammenhängen. Trotzdem zeigen alle Indikatoren, wie stark der Außenhandel zugenommen hat. Vor allem die Exporte in die westeuropäischen Länder expandieren stark, während die Nordamerikaausfuhren deutlich rückläufig sind.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	Exporte %	Importe in Mrd. DM	Importe %	Saldo in Mrd. DM	Saldo %
1. Vj. 87	127,3	− 2,3	99,5	− 7,7	+27,8	+11,4
2. Vj. 87	129,3	− 4,2	101,6	− 5,0	+27,8	− 0,7
3. Vj. 87	127,5	+ 1,1	99,5	− 3,0	+28,0	− 5,4
4. Vj. 87	143,0	+ 5,8	108,9	+ 6,1	+34,1	+ 4,9
1. Vj. 88	128,3	+ 0,8	103,0	+ 3,5	+25,3	− 9,2
2. Vj. 88	143,8	+11,2	111,4	+ 9,6	+34,0	+22,3
3. Vj. 88	138,9	+ 8,9	107,2	+ 7,7	+31,7	+13,2

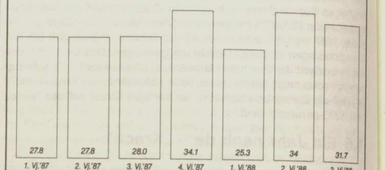
1 in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Auch die Importe haben kräftig zugenommen, preisbereinigt sogar etwas stärker als die Exporte. Dies hängt z. T. auch mit der Ausweitung der Vorratslager der Unternehmen zusammen, die in spekulativer Erwartung steigender Rohstoffimportpreise kräftig aufgestockt worden sind.

Der Exportüberschuß der BRD ist allerdings weiter angestiegen, da die Importpreise sich nach wie vor günstiger entwickeln als die Exportpreise, d. h. die internationalen Austauschverhältnisse („Terms of trade") verbessern sich noch immer.

In den Prognosen für 1989 wird allgemein von einer etwas abgeschwächten Fortsetzung der Außenhandelsdynamik ausgegangen, wobei sich Importe und Exporte (preisbereinigt) in etwa gleichläufig entwickeln sollen. Dies würde den ohnehin extrem hohen Außenhandelsüberschuß der BRD, einen wichtigen Störfaktor im Welthandel, absolut weiter anwachsen lassen. Ob diese Prognosen eintreten, hängt vor allem von der Welthandelsentwicklung ab. Nach den vorliegenden Prognosen wird von einer etwas abgeschwächten Expansion (etwa + 4 Prozent 1989) ausgegangen, wobei angenommen wird, daß sich die günstige Konjunkturentwicklung in den großen kapitalistischen Ländern mit leichter Verlangsamungstendenz fortsetzen wird. Ob diese Erwartungen sich

Außenhandel der BRD
in Milliarden DM



IMSF

erfüllen hängt m. E. vor allem von der Situation in den USA ab. Eine Rezession dort, deren Eintrittszeitpunkt und Stärke erheblich von der US-Wirtschaftspolitik beeinflußt werden dürfte, würde auch die Welthandelsexpansion stark in Mitleidenschaft ziehen.

2 Unternehmergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmergewinne

Die überraschende Kräftigung der Konjunktur hat den Unternehmen und Selbständigen eine neue Gewinnschwemme beschert.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen[1]

	1987	1988[2]	1989[2]
brutto	+ 4,0	+ 9,0	+ 4,0
netto	+ 5,5	+ 9,5	+ 3,5

1 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
2 Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens"
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 43/88)

Die aufgrund von Börsenanalysen geschätzten Gewinne der großen Gesellschaften expandieren eher noch etwas schneller; die zur Deutschen Bank gehörende „Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung" (Degab) erwartet für 1988 eine Zunahme der Erträge von 150 Aktiengesellschaften um durchschnittlich zehn Prozent, wobei die Stahlgesellschaften mit einer Rate von plus 40 Prozent nach oben aus dem Rahmen fallen. Nach der gleichen Quelle wird sich der Zuwachs 1989 mit rund vier Prozent fortsetzen.

2.2 Konzentration

Wenn der SPD-Vorsitzende Vogel von einem „Beispiel für staatsmonopolistischen Kapitalismus" spricht, dann muß der so bezeichnete Vorgang schon beachtliches Kaliber haben. Er hat es. Am 8./9. November wurde zwischen Noch-Bundeswirtschaftsminister Bangemann (FDP), Staatssekretär Riedl (CSU), Bundeskanzler Kohl (CDU) und Daimler-Benz-Chef Reuter (SPD) ein Unternehmenszusammenschluß abgesprochen, dessen Bedeutung einmalig für die Bundesrepublik ist. Es handelt sich um die in den INFORMATIONEN schon mehrfach kommentierte Fusion von Daimler-Benz und MBB.

Mit diesem Coup wird der Stuttgarter Konzern alle bedeutenden Lieferanten der Bundeswehr kontrollieren: MTU, Dornier, Krauss-Maffei, AEG und MBB. Einzige Lücke: Siemens. Aber auch zu diesem Konzern bestehen Verbindungen: Die Deutsche Bank ist seit Jahrzehnten die „Hausbank" sowohl bei Siemens als auch bei Daimler-Benz. Siemens seinerseits ist dabei, zusammen mit dem britischen Elektronikkonzern General Electric Co. (GEC) das britische Nachrichtentechnikunternehmen Plessey (zivil und militärisch) zu kaufen, übrigens gegen den Willen des Plessey-Managements. Da GEC auch Gegenstand amerikanischer Übernahmespekulationen ist, scheint sich hier eine Konzentration von Elektronik- und Rüstungsinteressen auf europäischer Ebene abzuzeichnen – sicherlich auch in Vorgriff auf den EG-Binnenmarkt, welcher ja eine „Europäisierung" der öffentlichen Beschaffungspolitik vorsieht.

Der Bundesregierung lag die Fusion Daimler–MBB so sehr am Herzen, daß sie fast jeden Preis zu zahlen bereit war. Es sind alle Vorbedingungen von Daimler-Benz vollständig erfüllt worden. Das bezieht sich insbesondere auf den Airbus-Bereich: DB wollte sich zwar die technischen Kenntnisse aus Forschung und Produktion sowie eventuelle Profite aneignen, keinesfalls jedoch Verluste und Risiken tragen. Seit 1971 haben diverse Bundesregierungen nach Berechnungen des Sachverständigenrates rund elf Milliarden in dieses Projekt gesteckt. 5,1 Mrd. sind an weiteren Subventionen zugesagt, und noch mal 4,3 Mrd. sind nun für die kommenden Jahre fest eingeplant (auch wenn deren Finanzierung noch völlig offen ist).

Die Fusion ist in folgender Form geplant:

– MBB wird Aktiengesellschaft; DB übernimmt zunächst 30 Prozent und erhält die unternehmerische Führung. Die drei staatlichen Eigentümer Bayern, Bremen und Hamburg bleiben, wenn auch mit geringerem Anteil, beteiligt, damit der Staat jederzeit „in die Verantwortung" genommen werden kann.

– Die Deutsche Airbus wird ebenfalls eine AG, an der MBB 80 Prozent, der Staat (über die KfW) den Rest halten werden. Im Jahr 2000 soll DB die Staatsanteile kaufen. Ob das tatsächlich geschehen wird, ist fraglich, denn auch hier gilt, daß der Staat leichter für Verluste herangezogen werden kann, wenn er Miteigentümer ist.

– Der Bund trägt bis 2000 das Kursrisiko des Dollars bis zu einem Preis von 1,60 DM (der Airbus wird in $ zum Kurs von 2,– DM kalkuliert). 4,4 Mrd. DM sollen die Obergrenze bilden. Daß nach diesem Datum dann endlich Daimler-Benz das Risiko übernehmen wird, nennt der SPIEGEL „Wunschdenken": „Wenn der Dollarkurs unter 1,60 DM sinkt, wenn der Airbus auch im Jahr 2000 noch keine Gewinne macht, ist die Situation auch künftig so, wie sie in der Vergangenheit war. Die Industrie wird jede Bonner Regierung vor die Wahl stellen, die Verluste des Airbus entweder auszugleichen oder den Konkurs hinzunehmen. Das aber kann sich Bonn künftig genausowenig leisten wie bisher" (Nr. 46/88, S. 117).

– Auch nach 2000 wird der Bund alle Risiken aus Forschung und Entwicklung beim Airbus übernehmen.

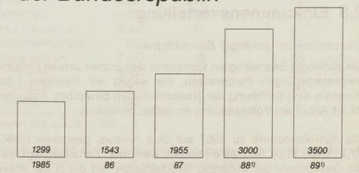
– Profite aus der militärischen Fertigung bei MBB sollen mit Verlusten aus der Airbus-Produktion verrechnet werden. Das würde die genaue Kontrolle der Geschäftsunterlagen seitens der Bundesregierung voraussetzen, was unwahrscheinlich ist. DB-Vorstandsvorsitzender Reuter hat auch schon erklärt, daß dergleichen „nicht in Frage" komme.

– Eine Zusatzbedingung von Daimler-Benz war, daß die Bundesregierung die Entwicklung des „Jäger 90" (Beschaffungsvolumen 40–50 Mrd. DM) und den Bau des Panzerabwehrhubschraubers PAH 2 (10 Mrd.) zusagt. Das ist geschehen; daß die Minister Bangemann und Scholz einen Zusammenhang bestreiten, ist wenig glaubwürdig.

In den INFORMATIONEN 1/88, S. 7, wurde schon angesprochen, was diese größte Fusion in der Geschichte der BRD bedeutet. Für die Kapitalzentralisation und die Festigung des Militärindustriekomplexes werden neue Maßstäbe gesetzt. Der Rüstungsumsatz von Daimler-Benz wird „ca. 8 Mrd. DM betragen – das sind zwei Fünftel des gesamten Rüstungsmarktes – und eröffnet die Aussicht auf 60 Prozent aller Beschaffungen. (. . .) Rund 70 Prozent aller Entwicklungsaufträge im Rahmen des Rüstungsetats (Einzelplan 14) werden auf den neuen Daimler-Konzern entfallen. (. . .) Der Raumfahrtsektor der Bundesrepublik ist mit der Fusion zu beinahe 100 Prozent unter dem Dach von Daimler-Benz zu Hause" (A. Sörgel in DVZ/die tat, 18. 11. 1988). Es darf davon ausgegangen werden, daß die Installierung des SPD-Mitglieds Edzard Reuter als Daimler-Benz-Chef im Juli 1987 auch im Hinblick auf diese Pläne geschah:

Er könnte den Widerstand von Gewerkschaften und Betriebsräten gegen den Zusammenschluß entschärfen.

Unternehmensübernahmen in der Bundesrepublik



1) Schätzung bzw. Prognose
(Quelle: Wupper & Partner)

IMSF

Die genannte Fusion war der spektakulärste Fall im Rahmen einer Entwicklung, die sich in zunehmendem Maße zeigt und auch vor dem Hintergrund des EG-Binnenmarktes ab 1992 gesehen werden muß: Unternehmenszusammenschlüsse erfolgen von einer bestimmten Größenordnung an oft nicht mehr nur gemäß der Profitinteressen der beteiligten Konzerne. Es spielen auch strategische Überlegungen des nationalen Monopolkapitals – vermittelt über den Staat oder über Monopolverbände – eine Rolle.

Die Zentralisationsvorgänge im Bereich des Finanzkapitals der BRD sind dafür ein Ausdruck. In der zweiten Hälfte 1988 ragten hier drei Projekte heraus:

1. Der Zusammenschluß von Landesbanken. Seit der Bildung der WestLB im Jahre 1969 war dieser Sektor stabil geblieben. Anfang Oktober fusionierten nun die Württembergische und die Badische Kommunale Landesbank zur SüdwestLB. In diesem Fall ist nicht so sehr die Größenordnung ausschlaggebend für die Beurteilung, als vielmehr die Pilotfunktion für andere Projekte. Geplant ist ein Zusammenschluß der Hessischen Landesbank (Helaba) mit der WestLB; damit entstünde ein Komplex, der mit 270 Mrd. Geschäftsvolumen größer (wenn auch längst nicht so mächtig) wie die Dresdner Bank ist.

2. Die Fusionsabsichten bei den Genossenschaftsbanken. Danach sollen die fünf noch bestehenden genossenschaftlichen Zentralbanken mit der DG-Bank zu einer „Super-Geno-Bank" verschmolzen und nur noch Kopfstellen einer einzigen genossenschaftlichen Zentralbank werden. Diese käme auf eine Bilanzsumme von rund 200 Milliarden Mark und würde 3800 Genossenschaftsbanken unter ihrem Dach vereinigen. Die Pläne konnten zwar wegen des Widerstands der Westdeutschen und der Stuttgarter Genossenschafts-Zentralbank noch nicht verwirklicht werden, die Bemühungen laufen aber weiter.

3. Zentralisationsbestrebungen bei den knapp 600 kommunalen Sparkassen. Hierbei kann der Zusammenschluß der (kommunalen) Frankfurter Stadtsparkasse mit der (privaten) Frankfurter Sparkasse von 1822 eine Signalfunktion bekommen. Diese Fusion ist nach Überwindung verschiedener politischer Hindernisse am 13. Oktober für den 1. 1. 1989 beschlossen worden. Die neue „Frankfurter Sparkasse" wird mit 16 Mrd. Bilanzsumme zur Nummer vier unter den bundesdeutschen Sparkassen werden.

Schließlich ist darauf zu verweisen, daß gerade im Finanzbereich ein intensiver Umstrukturierungsprozeß abläuft, der zwei Aspekte hat: Einmal geht es um die Herstellung europäischer Institute, wie es z. B. in dem Versuch der Commerzbank zum Ausdruck kommt, einen Anteil der italienischen Banco di Roma zu erwerben. Zum anderen geht es um die Herausbildung von Konzernen, die alle Arten von „Finanzdienstleistungen" anbieten, zuletzt beleuchtet durch den Einstieg der Allianz bei der Dresdner Bank.

In allen genannten Fällen befürchten Gewerkschaften und Betriebsräte den Abbau von Arbeitsplätzen durch die Streichung von Arbeitsbereichen, die Schließung von Zweigstellen und Rationalisierungen in den einzelnen Abteilungen. Außerdem werden neue Machtstrukturen im finanzkapitalistischen Sektor zusammengeschoben, und der Staat gibt Teile seiner wirtschaftspolitischen Ein-

flußmöglichkeiten aus der Hand. Dies alles begründet die Notwendigkeit, die Vorgänge demnächst in den INFORMATIONEN ausführlicher zu analysieren.

2.3 Einkommensverteilung

Einkommen der abhängig Beschäftigten

Die abhängig Beschäftigten konnten in den letzten Jahren Einkommenssteigerungen durchsetzen, die wegen der niedrigen Inflationsrate eine Erhöhung der Realeinkommen bewirkten. Trotzdem ist ihr Anteil am Volkseinkommen weiter gesunken.

Die Nettolohnquote ist 1987 auf 36,8 Prozent gesunken (1986: 37,3; 1982: 41,8). Das gilt erst recht, wenn man berücksichtigt, daß die Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten, auf die ja der Anteil am Volkseinkommen aufgeteilt werden muß, steigt. Die „bereinigte" Nettolohnquote lag 1987 bei 32,5 Prozent (1986: 32,9; 1982: 37,0). (Ausführlich hierzu siehe INFORMATIONEN 1/88, S. 11.) Dieser Verschlechterung der Verteilungsposition für die Beschäftigten entsprach eine Verbesserung für die Unternehmer.

1987 hat die Umverteilung zugunsten der Reichen einen neuen Schub erhalten. Zwei Untersuchungen des WSI vom Juli und des DIW vom September bestätigen das (WSI-Mitt. 7/88, S. 385 ff., und DIW-Wochenbericht 38/88, 22. 9. 88, S. 499 ff.). Das Fazit des DIW aus der Entwicklung im letzten Jahr liest sich so: „Die verfügbaren Einkommen aller privaten Haushalte haben 1987 mit reichlich 4 v. H. etwas rascher expandiert als im Vorjahr. Zum größten Teil war die Beschleunigung im Anstieg auf die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen zurückzuführen, die mit knapp 5 v. H. etwa dreimal so kräftig gestiegen sind wie 1986" (a. a. O., S. 499). 414 Milliarden sind im letzten Jahr aus den Unternehmen gezogen und für privaten Konsum, Spekulationen oder andere sachfremde Zwecke verwandt worden. Das waren 31,3 Prozent aller in der BRD verfügbaren Einkommen. Für 1988 werden 429,5 Mrd. (32,5 v. H.) und für 1989 454 Mrd. (33,1 v. H.) geschätzt (a. a. O., S. 500).

Die WSI-Studie liefert wichtiges Material für die Untersuchung der Struktur der Einkommen. Es zeigt sich, daß Arbeiter und Frauen nach wie vor benachteiligt werden.

Beispielsweise lagen die Löhne der Arbeiter trotz weitgehender Angleichung der Qualifikation und Arbeitsinhalte spürbar unter denen der Angestellten. 1987 verdiente ein Arbeiter durchschnittlich 73 Prozent des Gehalts eines Angestellten; eine Arbeiterin kam auf 70 Prozent ihrer angestellten Kollegin. Die Fraueneinkommen liegen insgesamt niedriger als die der Männer: Eine Angestellte kam 1987 im Durchschnitt auf 2875 DM im Monat, ein Angestellter auf 4485 DM.

Die Diskriminierung der weiblichen Beschäftigten wird bei Betrachtung der einzelnen Einkommensgruppen deutlich. Die Masse der Frauen verdient unter 3000 DM monatlich, die Masse der Männer darüber. „Im Durchschnitt von Industrie und Handel liegen die Fraueneinkommen um knapp 30 Prozent (Arbeiterinnen) bzw. knapp 36 Prozent (weibliche Angestellte) unter dem Einkommen der entsprechenden männlichen Beschäftigtengruppe. (. . .) Der stärkere durchschnittliche Abstand zwischen Männer- und Fraueneinkommen ist . . . den Eingruppierungsstrukturen geschuldet. Dahinter verbergen sich wiederum unterschiedliche Zugangschancen zur beruflichen Qualifikation, zum Arbeitsmarkt und zur innerbetrieblichen Karriere" (a. a. O., S. 392).

Einkommen der aus dem Arbeitsprozeß Ausgestoßenen

Immerhin: Für die am Arbeitsprozeß Beteiligten gab es eine gewisse Steigerung der Kaufkraft der Einkommen. Anders bei den Arbeitslosen. Sie mußten nach den Berechnungen des WSI auch in den letzten Jahren Einbußen beim Realeinkommen verkraften, ja selbst die Nominaleinkommen sanken. Arbeitslosenhaushalte hatten 1980 im Durchschnitt 1621 DM zur Verfügung; das waren 48 Prozent des Durchschnittseinkommens der Arbeitnehmerhaushalte. 1986 hatten sie nur mehr 1567 DM monatlich oder 39 Prozent des Durchschnitts der Beschäftigten (15 Prozent des durchschnittlichen Selbständigeneinkommens).

Die Ursache dafür ist einmal die Tatsache, daß seit langem rund ein Drittel der registrierten Arbeitslosen weder Arbeitslosengeld noch

Verfügbares Haushaltseinkommen nach sozialen Gruppen (DM mtl.)

Jahr	Selbständige	Arbeitnehmer	Arbeitslose	Rentner/Pens.
1975	5 210	2 479	1 495	1 605
1980	7 443	3 557	1 621	2 147
1981	8 125	3 520	1 762	2 247
1982	8 439	3 556	1 742	2 313
1983	8 674	3 660	1 730	2 319
1984	9 608	3 777	1 650	2 353
1985	10 187	3 891	1 594	2 390
1986	10 535	4 065	1 567	2 459

Quelle: WSI-Mittl. 7/88, S. 393

-hilfe bezieht; zum anderen wirken sich Leistungsverschlechterungen der Vergangenheit aus, ebenso Strukturverschiebungen (z. B. im Anteil von Besser- zu Schlechterverdienenden, von Personen mit bzw. ohne Kinder). Die etwa 1,3 Mio. nicht registrierten Arbeitslosen („stille Reserve") fallen aus jeder statistischen Erfassung heraus. Sie widerspiegeln sich nur in der Zahl der Sozialhilfeempfänger, und auch dort nur unzureichend.

Deren Zahl ist besonders rasch gestiegen. 1980 bis 1986 hat sie sich um über 40 Prozent erhöht. Drei Millionen Personen erhielten 1986 Geld vom Sozialamt; 2,2 Mio. waren in ihrer Lebensführung völlig auf diese Geldquelle angewiesen. Da nach allgemein anerkannten Schätzungen nur etwa die Hälfte der Leistungsberechtigten tatsächlich „Hilfe zum Lebensunterhalt" bezieht, „läßt sich begründet vermuten, daß etwa 4,5 Mio. Personen in der BRD (das sind etwa 7 Prozent der Wohnbevölkerung) auf bzw. unter einem Einkommensniveau leben, das zum Bezug von Sozialhilfe berechtigt" (a. a. O., S. 395). Der Regelsatz der Sozialhilfe beträgt im Bundesdurchschnitt 403 DM monatlich für Alleinstehende, zuzüglich Kaltmiete.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug

Jahr	SH-Empfänger (Tsd.)	davon HLU (Tsd.)	davon Arbeitsplatzverlust als Hauptursache (v. H.)
1980	2 144	1 322	9,8
1982	2 320	1 560	16,4
1983	2 437	1 726	19,3
1984	2 570	1 338	22,6
1985	2 808	2 059	25,0
1986	3 020	2 239	32,8

Quelle: ebenda, S. 395

Der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger ist dem Umstand zuzuschreiben, daß immer mehr Arbeitslose auf diese Einkommensart verwiesen werden, weil sie von der regulären Arbeitslosenunterstützung abgekoppelt werden. Ein Drittel aller Leistungsempfänger geben inzwischen diesen Grund an.

Einkommen der freien Berufe

Oben war schon einmal von den Einkommen der „Selbständigen" die Rede. Diese Gruppe ist sehr heterogen, wird in der amtlichen Statistik aber trotzdem selten weiter differenziert. Die sogenannten freien Berufe sind darunter eine Einkommensgruppe. Ihre statistische Isolierung erfordert die Einbeziehung zusätzlicher Daten. Diese Mühe hat sich das DIW in einer anderen Studie gemacht (DIW-Wochenbericht 22/88, 2. 6. 1988).

Die Erfassung der freien Berufe ist einerseits über die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (als „sonstige Dienstleistungsunternehmen"), andererseits über die Einkommensteuerstatistik möglich. Die erste Methode hat den Nachteil geringer Differenziertheit, die zweite leidet unter nicht aktuellen Daten und unvollständiger Erhebung.

Die Zahl der Selbständigen (Freiberufler im ärztlichen, beratenden, wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich) ist gemäß der Einkommensteuerstatistik zwischen 1980 und 1983 um acht Prozent auf 309000 gestiegen; neuere Daten liegen nicht vor. Ihre Durchschnittseinkommen haben sich in diesem Zeitraum zwar kaum noch verändert, in etwas längerer Sicht aber um so mehr: Zwischen 1970 und 1984 haben sie sich gut vervierfacht. Die Einkommen der abhängig Beschäftigten stiegen demgegenüber auf knapp das Dreifache.

Selbständige in Dienstleistungsunternehmen[1]

Jahr	Selbständige in Tsd.	Einkommen je Selbständigen[2]	Einkommen je Arbeitnehmer in Dienstleistg.-Unternehmen[3]
1970	599	56 110	11 870
1980	655	158 275	26 028
1987	752	224 721	34 532

1 ohne Kreditinstitute, Versicherungen und Wohnungsvermietung
2 Brt.-Eink. aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bzw. aus unselbständiger Arbeit, jährlich in DM
Quelle: DIW-Wochenbericht 22/1988, S. 288

Rechnet man mit, daß auch die mithelfenden Familienangehörigen aus den Selbständigeneinkommen bezahlt werden und daß deren Zahl abgenommen hat, dann ergibt sich ein noch rascherer Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen bei den freien Berufen. Diese Angaben, die der VGR entnommen sind, bleiben allerdings recht pauschal. Eine genauere Analyse nach Berufsgruppen ist nur mit den Zahlen der Einkommensteuerstatistik möglich. Sie wird aus den Angaben der Finanzverwaltung alle drei Jahre erstellt. Da derzeit erst die Zahlen von 1986 aufgearbeitet werden, stand dem DIW nur Datenmaterial von 1983 zur Verfügung. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Sparten der freien Berufe sind aber vermutlich nicht kleiner geworden:

Durchschnittseinkommen freier Berufe 1983

Berufsgruppe	Zahl	Jahreseinkommen in DM +	davon steuermindernde „Verluste" in v. H.
Ärzte	55 042	170 600	16,3
Zahnärzte	21 711	229 900	18,9
Rechtsanwälte	20 170	136 000	16,7
Wirtschaftsprüfer	1 522	177 500	16,7
Steuerberater	19 642	114 600	21,6
Architekten	28 605	90 600	16,5
Ingenieure	10 670	84 100	15,2
Künstler	8 588	35 500	11,1

+ nur Einkommen aus selbständiger Arbeit
(Quelle: DIW, a. a. O., S. 292)

Die Zahnärzte standen 1983 einsam an der Spitze, gefolgt von den anderen Ärzten. Diese Feststellung rief die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung auf den Plan (Handelsblatt, 13. 7. 88). Sie bemängelte an der DIW-Analyse vor allem das Alter der Daten: Seit 1983 sind die Zahnärzteeinkommen angeblich erheblich gesunken. Selbst wenn dies zutrifft, ergibt sich aber im längeren Vergleich eine gewaltige Erhöhung. Zwischen 1954 und 1980 stiegen die Ärzteeinkommen auf das 21fache (bei den abhängig Beschäftigten auf das Siebenfache). (Quelle: K. Priester und H. U. Deppe, Materialien zur Entwicklung der Ärzteeinkommen in der Bundesrepublik, Ffm. 1986.)

Außerdem müssen zusätzliche Faktoren berücksichtigt werden: Erstens ist der Teil der Einkommen, der in Form steuermindernder „Verluste" (vor allem Immobilieneigentum) dem Fiskus entzogen wird, 1980–83 von 12 auf 17 Prozent gestiegen; diese Tendenz dürfte anhalten. Zweitens werden neben den freiberuflichen Einkommen oft noch solche aus unselbständiger Arbeit und aus Kapitalvermögen bezogen; die Tendenz ist steigend. Drittens haben die Steuerreformen der letzten Jahre vor allem die oberen Einkommensgruppen begünstigt. Dies alles läßt den begründeten Schluß zu, daß sich die verfügbaren Einkommen aus den freien Berufen nach 1983 weiter nach oben entwickelt haben. Auch hierbei gibt es soziale Differenzierungen, die sich am Einkommen festmachen lassen. Schon zwischen den Berufsgruppen zeigte die Tabelle starke Unterschiede, wobei die Künstler nach unten und die Zahnärzte nach oben aus dem Rahmen fielen. Doch auch innerhalb der Gruppen ist die Spanne groß, wie die Anteile der Spitzenverdiener zeigen (siehe Tabelle rechts oben).

Die DIW-Analyse setzt sich speziell mit den Ärzteeinkommen auseinander. Besonders bemerkenswert sind hier die Unterschiede zwischen den Fachrichtungen. An ihnen wird eine strukturelle Fehlentwicklung des Gesundheitswesens deutlich: Kinderärzte und Allgemeinärzte verdienten im Durchschnitt 132000 bzw. 143000 DM im Jahr, Orthopäden, Radiologen und Laborärzte 232000, 387000 bzw. 692000 DM. Je höher die Kapitalausstattung einer Praxis, desto höher der Profit (und die Kostenbelastung fürs Gesundheitswesen). Die für die Grundversorgung besonders wichtigen Ärztegruppen sind die finanziell am wenigsten attraktiven.

Spitzenverdiener (über 100 000 DM jährlich) bei den freien Berufen

Berufsgruppe	Zahl	darunter Millionäre	Anteil der Spitzenverdiener in v. H.
Ärzte	38000	230	69
Zahnärzte	16700	216	77
Rechtsanwälte	8600	51	43
Wirtschaftsprüfer	700	3	51
Steuerberater	7100	19	36
Architekten	8300	48	29
Ingenieure	2600	25	24
Künstler	600	6	7

(Quelle: DIW, a. a. O., S. 291)

Nicht erfaßt sind von der Untersuchung die angestellen Ärzte (ca. zwei Drittel aller). Priester/Deppe (a. a. O.) schätzen, daß die nichtleitenden Krankenhausärzte Mitte der 80er Jahre zwischen 42000 und 83000 DM im Jahr verdienten, während die Gehälter der leitenden Ärzte in der Nähe derer der niedergelassenen gelegen haben dürften.

Als Fazit der DIW-Studie ergibt sich, daß die Angehörigen der freien Berufe im Durchschnitt sehr hohe Einkommen erzielen. Obwohl sie nur ein Prozent der Einkommensteuerpflichtigen ausmachen, erhalten sie vier Prozent der Einkünfte und stellen etwa acht Prozent der Einkommensmillionäre.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Einkommen steigen inzwischen etwas langsamer als im Vorjahr, die Auswirkungen der im letzten Jahr abgeschlossenen Verträge mit langen Laufzeiten beginnen sich niederzuschlagen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau[1]

1987				1988		
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.
+3,7	+3,4	+3,3	+3,3	+2,7	+2,8	+2,7

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Im laufenden Jahr werden die Nettoarbeitseinkommen noch etwas durch die Anfang 1988 in Kraft getretene zweite Stufe der Steuerreform entlastet, der Entlastungseffekt – vorwiegend bei den oberen Einkommen wirksam – fällt aber, bezogen auf die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter, minimal aus. Die Nettoarbeitseinkommen steigen nur geringfügig schneller als die Bruttoarbeitseinkommen, was auch mit der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge zusammenhängt.

Reallohnentwicklung[1]

	1984	1985	1986	1987[1]	1988[2]	1989[2]
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+3,2	+3,8	+5,0	+3,9	+3,5	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+1,9	+2,4	+5,4	+2,8	+4,0	+2,5
Je Beschäftigten	+1,8	+1,6	+4,2	+1,8	+3,0	+2,0
Inflationsrate	+2,4	+2,2	–0,2	+0,2	+1,2	+2,5
Realeinkommen je Beschäftigten	–0,6	–0,6	+4,0	+1,6	+1,8	–0,5

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2 Schätzung bzw. Prognose des „Herbstgutachtens"
(Quelle: DIW-Wochenbericht 43/88, S. 584; eigene Berechnungen)

Für 1988 errechnet sich nochmals ein Reallohnzuwachs je Beschäftigten von knapp zwei Prozent, d. h., im laufenden Jahr wurde der Realeinkommensstand von 1979 erstmals deutlich übertroffen.

Geht man von der Prognose des „Herbstgutachtens" aus, so wird sich dies schon im nächsten Jahr wieder ändern. Im Zuge be-

schleunigt steigender Preise und wachsender Lohnsteuerbelastungen wird das Realeinkommen je Beschäftigten wieder leicht zurückgehen.

3.2 Preise

Das Preisklima hat sich in den letzten Monaten wieder deutlicher belebt, obwohl die Rohölpreise und in ihrem Gefolge die Benzin- und Heizöl-/Erdgaspreise nochmals deutlich zurückgegangen sind.

Lebenshaltung 1988

	Veränderung in % gegenüber dem Vormonat	Vorjahr
Juni	+0,2	+1,1
Juli	−0,1	+1,0
August	+0,1	+1,2
September	0,0	+1,4
Oktober	+0,1	+1,3

1 Index der Lebenshaltung aller Haushalte, Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Preise und Preisindizes für Lebenshaltung, lfd.)

Während die Lebenshaltungskosten insgesamt nur mäßig ansteigen, hat sich bei den Mieten ein starker Aufwärtstrend durchgesetzt. Der Index der Wohnungsmieten lag im September 1988 um rund drei Prozent über dem Vorjahresstand – gegenwärtig steigt er um durchschnittlich ein halbes Prozent jeden Monat, besonders stark im sozialen Wohnungsbau. Hierin spiegelt sich der vollständige Rückzug des Bundes aus der Förderung von Mietwohnungen, d. h. die fast völlige Aufgabe von sozialem Wohnungsbau wider.

Von der Seite der Rohstoffpreise gehen immer noch stabilisierende Auswirkungen auf das Preisniveau der Industrieländer aus – zum Schaden der rohstoffexportierenden Länder. Nachdem die Rohstoffpreise – klammert man Rohöl einmal aus – 1987 angestiegen sind, ohne allerdings das Niveau des Jahres 1980 wieder erreichen zu können, hat sich im Frühjahr 1988 wieder ein rückläufiger Trend durchgesetzt, der sich nach vorliegenden Prognosen auch 1989 fortsetzen soll. Für Erdöl wird nach dem scharfen Rückfall 1988 im Jahre 1989 wieder ein Anstieg auf das immer noch recht niedrige Niveau von Ende 1986 erwartet.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index[1]	HWWA-Index[2] ohne Energie	mit Energie
1973	–	90	52
1975	–	100	100
1980	164	157	226
1985	188	112	197
1986	137	116	143
1987	122	123	148
1988			
Januar	135	143	152
Juni	178	158	149
September	161	147	134

1 Index 1972 = 100, auf DM-Basis, erst ab Herbst 1978 berechnet
2 Index 1975 = 100, auf Dollar-Basis
(Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 4. 11. 1988)

3.3 Reform im Gesundheitswesen

Nach insgesamt einjähriger Arbeit hat die Regierungskoalition eines ihrer wichtigsten Gesetzesvorhaben, das „Gesundheits-Reformgesetz" (GRG) nunmehr vom Bundestag verabschieden lassen. Weder ist es das von Bundesarbeitsminister Blüm einst angekündigte „Jahrhundertwerk", noch kann es überhaupt als Beitrag zu einer umfassenden Strukturreform im Gesundheitswesen angesehen werden: denn im Verlauf der Beratungen im vorparlamentarischen und parlamentarischen Raum wurden die wenigen positiven Ansätze dieses umfangreichen Gesetzeswerks abgeschwächt bzw. eliminiert, während sich der unsoziale Charakter der Neuregelungen im Krankenversicherungsrecht von Monat zu Monat deutlicher herauskristallisierte. Zudem wird mit dem GRG keines der zentralen Probleme unseres Gesundheitswesens wirklich ernsthaft angegangen: Nach lautstarken Protesten und Interventionen insbesondere der Ärzteverbände und der pharmazeutischen Industrie bleiben diese beiden wichtigsten Gruppen von Leistungsanbietern von „Reformen" weitgehend verschont, mithin zwei Bereiche, die die Kostendynamik des Gesundheitswesens wesentlich beeinflussen. Gleichzeitig wird der Druck auf die Krankenhäuser (als angeblich „teuerstem" Leistungsbereich) verstärkt, ohne jedoch das Problem der Qualität der Krankenhauspflege und damit der Personalausstattung („Pflegenotstand"!) im stationären Sektor überhaupt einmal anzusprechen; schließlich legt die Regierung abermals kein umfassendes Konzept zur Absicherung Pflegebedürftiger vor.

Ohne hier auf die mehr als 60 Einzelmaßnahmen des GRG eingehen zu können, lassen sich die Grundlinien des Gesetzes folgendermaßen skizzieren:

– Unter dem Schlagwort „Solidarität neu bestimmen" firmieren in erster Linie Leistungskürzungen: So sollen mit der Einführung von Festbeträgen und Zuzahlungen bei Arzneimitteln, Brillen, Hörgeräten sowie Heil- und Hilfsmitteln, der Halbierung von Zuschüssen zu offenen Badekuren, der Reduzierung (und der allmähliche Wegfall) des Sterbegeldes sowie dem Ausschluß „unwirtschaftlicher" und sog. Bagatellhilfsmittel (Augenklappen usw.) Kassenleistungen „auf das medizinisch Notwendige" konzentriert werden. Gleichzeitig sollen – wohl um den etwas eigenwillig interpretierten Solidaritätsbegriff zu „retten" – „neue Herausforderungen" angenommen werden: Hierunter fällt in erster Linie die Einführung ambulanter Pflegeleistungen für zu Hause lebende Schwer- und Schwerstpflegebedürftige.

– „Eigenverantwortung stärken" will der Bundesarbeitsminister durch die Ausweitung von Früherkennungsuntersuchungen, die Schaffung von „Sparanreizen" für die Versicherten (Bonusregelungen beim Zahnersatz bei regelmäßiger Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen, die Möglichkeit des Experimentierens mit einer Beitragsrückgewähr bei Nichtinanspruchnahme von Leistungen sowie eine ganze Palette von neuen Zuzahlungen [also „Selbstbeteiligungen"], etwa bei Zahnersatz, Transportkosten und Krankenhausaufenthalt). Die Leistungsanbieter im Gesundheitswesen sollen vor allem zu „mehr Wirtschaftlichkeit" bei der Leistungserbringung und „kostenbewußtem Verhalten" bewegt werden. Im einzelnen werden darunter im Krankenhaussektor der Abbau „überflüssiger" Betten, ein Kündigungsrecht der Kassen für „unwirtschaftlich" arbeitende Krankenhäuser, die Erstellung von Krankenhaus-Preisvergleichslisten usw. verstanden. Im ambulanten ärztlichen und zahnärztlichen Bereich sollen Wirtschaftlichkeitsprüfungen verstärkt, sanfter Druck auf das Verordnungsverhalten und die Kassenarzthonorare ausgeübt sowie der Zugang zur kassenärztlichen Versorgung für „Seiteneinsteiger" (pensionierte Ärzte aus Krankenhäusern und dem öffentlichen Dienst) und Berufsanfänger erschwert werden. Die Arzneimittelversorgung soll durch die Differenzierung von Kassenrabatten und Anreize zum „Preiswettbewerb" der Arzneimittelhersteller (durch Festbeträge für Arzneimittel) verbilligt werden. Als weitere Maßnahmen zur Erhöhung der „Wirtschaftlichkeit" der Krankenversorgung dienen u. a. die versichertenbezogene Übermittlung von Leistungsdaten an die Kassen sowie die Umwandlung des Vertrauensärztlichen Dienstes zu einem „medizinischen Beratungsdienst für die Krankenkassen".

– Zur „Modernisierung der Strukturen der Krankenversicherung" zählen die Verfasser des Gesetzentwurfs u. a. die Einführung einer Versicherungspflichtgrenze auch für Arbeiter und die Anpassung, d. h. Anhebung, der Rentnerbeiträge zur Krankenversicherung auf das durchschnittliche Niveau der allgemeinen Krankenversicherung.

Die vorgesehenen Maßnahmen sollen ab 1989 zu Einsparungen bzw. Mehreinnahmen der GKV in Höhe von 7,6 Mrd. DM führen, die bis 1992 auf rund 14 Mrd. DM gesteigert werden sollen. Gleichzeitig sollen zwischen 1,2 Mrd. DM (1989) und 7,9 Mrd. DM (1992) für Mehrausgaben (hauptsächlich zur Absicherung der häuslichen Pflegeleistungen) zur Verfügung stehen, der Rest könnte für Beitragssenkungen in der GKV, die der Bundesarbeitsminister anstrebt, verwandt werden.

Die anvisierten Einsparungen treffen in erster Linie die Krankenversicherten. Bei einzelnen Leistungsarten sollen – Berechnungen des IFO-Instituts für Wirtschaftsforschung zufolge – bis 1992 mehr als 50 Prozent der bisherigen Kassenaufwendungen eingespart werden; diese (bei gleichbleibendem Versorgungsniveau auch weiterhin entstehenden) Kosten müßten demnach privat finanziert werden.

Geplanter zeitlicher Verlauf der Wirkungen[1] der Strukturreform im Gesundheitswesen von 1989 bis 1992 in Mrd. DM

Jahr	1989	1990	1991	1992
Einsparungen	6,3	9,0	10,4	12,4
+ Mehreinnahmen aufgrund der Erhöhung des Beitragssatzes in der Rentnerkrankenversicherung	1,3	2,2	1,7	1,7
= Gewonnener Finanzierungsspielraum	7,6	11,2	12,1	14,1
− Mehrausgaben	1,2	1,8	5,6	7,9
= Spielraum für Beitragssatzsenkungen in der Allgemeinen Krankenversicherung	6,4	9,4	6,5	6,2
Geplante Entwicklung des durchschnittlichen Beitragssatzes in der Allgemeinen Krankenversicherung	13,4%	12,7%	12,7%	12,6%

1 Nicht berücksichtigt ist die Auswirkung der Einführung einer Versicherungspflichtgrenze für Arbeiter
Quelle: Bundestags-Drucksache 11/2237; ifo-Schnelldienst 25-26/1988.

Geplante Einsparungen und Neuleistungen in der GKV

Ausgabenbereich	Ausgaben 1986 Mill. DM	Geplante Änderungen ab 1992: Einsparungen	Neuleistungen Mill. DM	Nettoeinsparung (−)/Nettoleistungserhöhung (+)	Veränderung gegenüber 1986 in %
Sterbegeld[1]	2061	950	0	− 950	− 46,1
Behandlung durch Zahnärzte	14062	2620	520	−2100	− 14,9
Sehhilfen ohne Kontaktlinsen	1520	760	0	− 760	− 50,0
Kontaktlinsen	94	75	0	− 75	− 79,8
Hörhilfen	394	170	0	− 170	− 43,1
Transportkosten	1564[2]	800	0	− 800	− 51,2
Arzneien, Verband-, Heil- und Hilfsmittel	22839	3040	0	−3040	− 13,1
Kuren	959	165	0	− 165	− 17,2
Krankenhauspflege	37489	1770[3]	0	−1770	− 4,7
Medizinische Behandlung im Ausland	420	50	0	− 50	− 11,9
Häusliche Krankenpflege	488	0	6400	6400	1311,5
Sonstige Leistungsausgaben	32171	2200[4]	200	−2000	− 6,2
Sonstige Ausgaben (insbes. Verwaltung)	5806	0	0	0	0,0
Insgesamt	119867	12600[5]	7120	−5480	− 4,6

1 Leistung fällt im Laufe der Zeit gänzlich weg.
2 Darunter Taxen: 521 Mill. DM.
3 „Struktureffekt" und Wegfall der Übernahme von Ausbildungskosten.
4 „Struktureffekt" und Verlagerung der Kosten von Arbeitsunfällen auf die Unfallversicherung.
5 Berücksichtigt ist nur die Ausgabenseite, es fehlen insbesondere die geplanten Mehreinnahmen
Quelle: Bundestags-Drucksache 11/2237; ifo-Schnelldienst 25-26/1988

Hingegen dürften sich die auf der Anbieterseite vorgesehenen Einsparungen teilweise als „Luftbuchungen" erweisen, deren Realisierung wenig wahrscheinlich erscheint (insbesondere gilt dies für die im GRG nicht näher definierten „Struktureffekte" im ambulanten und stationären Sektor).

Im Ergebnis laufen die Neuregelungen im GRG also auf die drastische Erhöhung der „Selbstbeteiligung" der Versicherten an den Gesundheitskosten hinaus: Schätzungen gehen hier von 7–8 Mrd. DM aus, die in Zukunft jährlich zusätzlich zu den bisherigen privaten Gesundheitsausgaben in Höhe von (1986) ca. 20 Mrd. DM (vgl. Wirtschaft und Statistik 8/1988, S. 266*) getätigt werden müssen. Gleichzeitig bleibt wegen der Unwägbarkeiten hinsichtlich des Einsparpotentials auf der Seite der Leistungsanbieter völlig offen, ob es in den nächsten Jahren tatsächlich zu Beitragssenkungen in der GKV kommt – für 1989 sind jedenfalls erst mal neue Anhebungen angekündigt. Auch die vorgesehenen Leistungsausweitungen (Früherkennungsuntersuchungen, häusliche Pflege) rechtfertigen schon allein wegen ihres begrenzten Umfangs und teilweise zweifelhaften gesundheitspolitischen Nutzens keinesfalls die genannten Einschnitte in anderen Leistungsbereichen.

Ein nicht unwesentlicher – und offenbar gewollter – Effekt des GRG liegt in der weiteren Aushöhlung des die GKV seit ihrem Bestehen prägenden „Solidarprinzips": Die aktuell Kranken werden künftig bedeutend mehr an Gesundheitsaufwendungen zu tragen haben als diejenigen Versicherten, die gerade keine Leistungen in Anspruch nehmen müssen. Insofern stellt das GRG einen weiteren Schritt in Richtung auf ein qualitativ anderes Gesundheitssystem und nicht nur einfach die Fortschreibung bisheriger „Kostendämpfungspolitik" dar: Gesundheitspolitik wird zusehends zum Instrument der Umverteilung von „unten" nach „oben" und entfernt sich immer weiter vom Gedanken des solidarischen Risikoausgleichs und der Bedarfsgerechtigkeit.

3.4 Neue Inhalte der Tarifpolitik

Nicht zuletzt durch die längeren Laufzeiten der Lohn- und Gehaltstarifverträge in vielen Bereichen haben sich die Schwerpunkte von Tarifabschlüssen und neuen Tarifforderungen in Richtung „qualitativer" Elemente verschoben. Dies resultiert aber auch aus dem zunehmenden Problemdruck in Folge des Umbruchs in der Arbeit, der Fragen der Arbeits- und Technikgestaltung, der Arbeitszeitverkürzung und Qualifizierung sowie der Sicherung und des Ausbaus eines Normalarbeitsverhältnisses vordringlich werden läßt.

Einer der Schwerpunkte der Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1988 lag bei der Wochenarbeitszeitverkürzung. Inzwischen hat sich der Anteil der Beschäftigten, für die noch keine Abschlüsse zur Wochenarbeitszeitverkürzung getätigt wurden, von 45 Prozent Ende 1987 auf nur noch 18 Prozent verringert. Im Durchschnitt aller Tarifbereiche betrug nach Angaben des WSI-Tarifarchivs Ende Juni 1988 die vereinbarte tarifliche Wochenarbeitszeit 38,4 Stunden.

Seit dem ersten Einstieg in die 35-Stunden-Woche Anfang 1985 hat sich bis heute damit die tarifliche WAZ um etwa eine Stunde verringert. Das WSI-Tarifarchiv schlußfolgert daraus: „Veranschlagt man für jede weitere Stunde ebenfalls einen Zeitraum von 3 bis 3½ Jahren, dann ist mit der Verwirklichung der 35-Stunden-Woche als gesamtwirtschaftlichem Durchschnittswert nicht vor der Jahrtausendwende zu rechnen. Dies setzt allerdings ein gleichbleibendes Tempo der Arbeitszeitverkürzung voraus . . ." (WSI-Tarifbericht Extra II/1988, S. 7/8). Schrittmacher waren bisher IG Metall und IG Druck, die zu Beginn der 90er Jahre erneut um die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche antreten müssen.

Eine Ausweitung tarifpolitischer Inhalte stellt der neue Lohn- und Gehaltstarifvertrag für die Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden dar. Neben Arbeitsbewertungs- und Eingruppierungsfragen als klassische Regelungsbereiche eines Rahmentarifvertrags haben insbesondere die neuen Bestimmungen zur Qualifizierung der Beschäftigten starke Beachtung gefunden. Diese laufen auf eine Verbesserung und Verallgemeinerung der Qualifizierungschancen für alle Beschäftigten, insbesondere auch für die weniger qualifizierten Gruppen, hinaus. Die Qualifizierungsfrage ist zweifellos ein Themenbereich von Interessenüberschneidungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmern. Der Tarifvertrag für Nordwürttemberg/Nordbaden verpflichtet die Unternehmer zur Ermittlung des Qualifizierungsbedarfs in bezug auf zu erwartende technische und organisatorische Veränderungen und erweitert die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrats.

Neue Akzente sind auch im Bereich der Rationalisierungspolitik zu vermerken: Das neue Rationalisierungsschutzabkommen der GTB für die Textil- und Bekleidungsindustrie sieht neben klassischen Ansprüchen auf Umschulung, Ausgleichszahlungen usw. auch Regelungen zur „rechtzeitigen Personalplanung" im Zusammenwirken mit den Betriebsräten und zur „menschengerechten Gestaltung der Arbeit" beim Einsatz neuer Techniken vor. Die Gewerkschaft

HBV hat für den Bereich der Versicherungen einen neuen Entwurf eines „Technologie-Tarifvertrages" vorgelegt, der umfangreiche Beteiligungsrechte der Betriebsräte und Beschäftigten beim Einsatz neuer Techniken mit konkreten Anforderungen in bezug auf Qualität der Arbeit, der Qualifikation und den Gesundheitsschutz fordert.

Zunehmend werden auch Tarifverträge zum Abbau der Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten vorgelegt. Diese beinhalten z. B. bei der IG Metall die Forderung nach voller Mitbestimmung bei der Einrichtung von Teilzeitarbeitsplätzen, bei der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und den Ausschluß einer Umwandlung von Vollzeit- zu Teilzeitarbeitsplätzen. Für Teilzeitbeschäftigte wird vor allem das Recht eingefordert, auf einen Vollzeitarbeitsplatz wechseln zu können.

Die IG Druck und Papier hat zum Jahresende die Manteltarife in der Druckindustrie gekündigt (mit Ausnahme der bis 1990 festgeschriebenen Arbeitszeitbestimmungen) und ebenfalls einen Mindestschutz für Teilzeitbeschäftigte gefordert. Ferner werden die Sicherung des freien Wochenendes, eine Überstundenbegrenzung und ein erweiterter Gesundheitsschutz mit stärkeren Rechten der Betriebsräte und der einzelnen Beschäftigten verlangt. Gerade die letztere Forderung kann aufgrund einer erhöhten Sensibilität der Beschäftigten für Fragen des Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutzes zu einer Politisierung dieser Tarifauseinandersetzung genutzt werden.

Erstmals hat eine Gewerkschaft auch Tarifverträge zur Frauenförderung abgeschlossen. Bis Anfang 1988 hatte die Gewerkschaft NGG mit mehreren Firmen für insgesamt 20 000 Frauen Förderpläne vereinbart, die eine berufliche Gleichstellung von Frauen und Männern einfordern, gezielte Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen und neben weiteren Maßnahmen auch die Benennung von betrieblichen „Beauftragten für Frauenförderung" vorsehen.

3.5 Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Beschäftigtenzahl hat bis zuletzt in saisonbereinigter Betrachtung weiter zugenommen, in Anbetracht der günstigeren Konjunkturlage sogar eher etwas beschleunigt.

Allerdings geht die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe weiter zurück, vor allem in der Bauwirtschaft. In der Industrie stagniert sie. Stark expansiv ist der Dienstleistungsbereich.

Saisonbereinigte Entwicklung der Beschäftigtenzahl (in 1000)

	1. Vj. 87	2. Vj. 87	3. Vj. 87	4. Vj. 87	1. Vj. 88	2. Vj. 88
Land- u. Forstwirtschaft Produz.	245	245	245	243	243	243
Gewerbe dar.: Verarb.	9802	9787	9757	9742	9743	9725
Gewerbe	8098	8090	8075	8064	8060	8065
Baugewerbe	1239	1233	1222	1219	1226	1204
Handel u. Verkehr	4344	4344	4349	4352	4360	4363
Dienstleist.	8304	8358	8401	8437	8483	8546
Beschäftigte insgesamt	22695	22734	22753	22774	22829	22878

(Quelle: DIW-Wochenbericht 40/88)

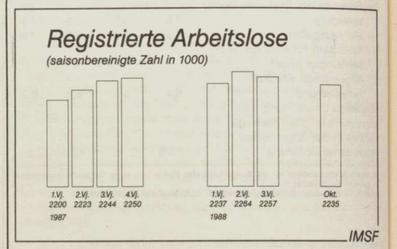
1988 dürfte sich die Zahl der Beschäftigten insgesamt um nochmals rund 150 000 erhöht haben, also etwas langsamer als 1987 (+ 200 000). Für 1989 wird eine Fortsetzung der Beschäftigungszunahme erwartet, sie soll nach Annahme des „Herbstgutachtens" mit gut 100 000 zusätzlichen Arbeitsplätzen aber langsamer sein als im abgelaufenen Jahr.

Obwohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Herbst saisonbereinigt etwas zurückgegangen ist und sogar leicht unter dem Vorjahresstand lag, ergibt sich, bezogen auf den Jahresdurchschnitt, eine erneute Zunahme um rund 20 000. Dies hängt damit zusammen, daß das Erwerbspersonenpotential, d. h. die Zahl der Arbeitsuchenden, rascher ansteigt als die Beschäftigung. Sowohl 1988 wie 1989 erhöht sich das Arbeitskräftepotential um jeweils rund 200 000, wobei die Einwanderung und die Zunahme der Zahl der arbeitsuchenden Frauen entscheidend sind.

Registrierte Arbeitslose[1]

1987				1988			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Okt.
2200	2223	2244	2250	2237	2264	2257	2235

1 in 1000 Personen, saisonbereinigte Ziffern
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)



Die vorliegenden Arbeitsmarktprognosen bis zum Jahr 2000 erweisen sich damit schon jetzt als stark überholungsbedürftig. So nahm das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung noch 1982 an, daß („mittlere Variante") im Jahre 1990 etwa 29,6 Millionen Menschen Arbeitsplätze nachfragen würden.

Nach dem jetzt absehbaren Stand werden es aber mindestens 29,8 Millionen sein, bei weiter zunehmender Tendenz. Demnach ist zu befürchten, daß selbst bei der Annahme, daß die Wirtschaft bis ins Jahr 2000 jährlich um zweieinhalb Prozent wächst (eine durchaus optimistische Variante), die Zahl der Arbeitslosen auch in den 90er Jahren nicht zurückgeht und auf einem Stand von insgesamt rund vier Millionen (derzeit etwa 3,5 Millionen) verharrt.

Arbeitsmarkt 1988

	Arbeitslose (1)	(2)	Kurzarbeiter (1)	(2)	Offene Stellen (1)	(2)
Januar	2519	+22	310	−118	161	+11
Februar	2517	+29	350	− 32	174	+ 9
März	2440	+28	424	− 39	190	+10
April	2262	+46	261	− 41	193	+14
Mai	2149	+50	198	− 24	196	+15
Juni	2131	+34	190	+ 6	201	+18
Juli	2199	+23	159	− 57	199	+19
August	2167	+ 2	133	− 42	200	+23
September	2100	− 7	155	−102	204	+24
Oktober	2074	−19	98	−191	196	+25

(1) in 1000 Personen
(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Daß sich trotz der überraschend günstigen Konjunkturlage die Arbeitslosigkeit weiter erhöht, müßte eigentlich als höchstes Alarmzeichen und als Aufforderung zu zusätzlichen beschäftigungspolitischen Maßnahmen betrachtet werden. Statt dessen aber wird der Handlungsspielraum der Bundesanstalt für Arbeit eher weiter eingeschränkt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Klaus Pickshaus. Der Abschnitt 1.4 wurde von E. Dal Bosco, Abschnitt 2 von Gert Hentsch, Abschnitt 3.3 von Klaus Priester verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 19. 11. 1988. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 90 07 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 48,– DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 4,– DM, Jahresabonnement 15,– DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

§ 218 ab. Die geplante Verschlechterung hat zum Ziel, die Schwangerschaftsabbrüche weiter zu erschweren. Dieses Gesetzesvorhaben richtet sich gegen die Frauen.

– Künftig sollen nur noch Beratungsstellen anerkannt werden, die „zugunsten des Lebens" beraten.

– Künftig darf nicht der Arzt die Indikation verschreiben, der vorher beraten hat.

– Das soziale Umfeld soll künftig mit in die Beratung einbezogen werden (Ehemann, Partner, Eltern und Arbeitgeber).

Das Fazit ist, es werden Frauen 1. und 2. Klasse geschaffen; die Frauen, die Geld haben und einfach ins Ausland fahren können und die Frauen, die die Bevormundung über sich ergehen lassen müssen. Absolut unmöglich und inhuman ist es, bei diesem sehr eigenen Problem das Umfeld mit einzubeziehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird untergraben. Der Würde der Frau wird keine Rechnung getragen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist eine ernste Angelegenheit, keine Frau macht sich diese Entscheidung leicht. Wenn eine Frau sich jedoch dazu durchringt, dann sollte dies ohne Diskriminierung und Bevormundung durch die „Gesellschaft" akzeptiert werden. Unser Ziel ist es, diese Abbrüche zu senken. Darum ist es unbedingt notwendig, eine umfassende frühe Aufklärung zu erreichen, um den Beratungsstellen, die offene Konflikte ansprechen, Hilfestellung zu geben. Deshalb kein Bevormundungsgesetz!

HBV wird deshalb aufgefordert, gegen das von der Regierungskoalition vereinbarte Bundesberatungsgesetz zum § 218 StGB mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln Widerstand zu leisten und die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern.

HBV setzt sich beim Gesetzgeber dafür ein, daß

– die Beratung der betroffenen Frauen als Angebot und auf freiwilliger Basis erfolgt,

– Beratungsstellen (z. B. pro familia) zu diesem Zweck mit ausreichenden personellen und finanziellen Mitteln ausgestattet werden,

– die Kosten des Schwangerschaftsabbruches weiterhin durch die Krankenkassen getragen werden und die Lohnfortzahlung erhalten bleibt.

Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich beim DGB-Bundesvorstand dafür einzusetzen, daß eine zentrale Demonstration gegen das Beratungsgesetz durchgeführt wird.

Übernahme nach der Ausbildung (A 125)

Die Gewerkschaft HBV wird aufgefordert, auf allen Ebenen der Organisation gemeinsam mit den gewerkschaftlichen Interessenvertretern im Betrieb dafür zu sorgen, daß alle Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung einen Vollzeitarbeitsplatz erhalten. Betriebs- und Personalräte dürfen befristeten oder Teilzeitarbeitsplätzen nur zustimmen, wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, einen Vollzeitarbeitsplatz anzubieten. Ebenso soll zu diesem Thema ein Baustein für Betriebs- und Personalratslehrgänge entwickelt werden, der insbesondere das Problem „Besser irgendeine Arbeit nach der Lehre als gar keine" inhaltlich behandelt und gewerkschaftliche als auch rechtliche Handlungsmöglichkeiten aufzeigt.

Entspannungs- und Abrüstungsbemühungen fortsetzen (E 9)

1. Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag bekräftigt die in der Entschließung 4 des 11. ordentlichen HBV-Gewerkschaftstages getroffenen und nach wie vor aktuellen Feststellungen und Forderungen zum Thema „Frieden durch Entspannung und Abrüstung". Die in der Zwischenzeit eingetretenen Entwicklungen bestätigen, daß sich die Großmächte und ihre Bündnissysteme dem politischen, wirtschaftlichen und moralischen Druck zur Abkehr von der Rüstungsspirale, zum Umdenken sowie zur Einleitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen nicht länger entziehen können. Zu diesem Durchbruch hat auch die von den Gewerkschaften unterstützte weltweite Friedensbewegung einen wirksamen Beitrag geleistet.

2. Die neuere Entwicklung war vor allem durch folgende zu begrüßende Ereignisse gekennzeichnet:

– die Unterzeichnung des INF-Abkommens zwischen der UdSSR und den USA über die Vernichtung landgestützter Mittelstreckenraketen beider Länder;

– Eintritt in Verhandlungen über die Reduzierung von Langstreckenträgerwaffen und Atomsprengköpfen;

– konkrete Fortschritte im Bemühen um Entspannung zwischen den Blöcken.

3. Trotz dieser bemerkenswerten Fortschritte sind der Frieden und die Fortsetzung des Abrüstungsprozesses keineswegs gesichert. Verstärkte Aktivitäten sind vielmehr weiterhin notwendig. Es geht darum, die positiven Ansätze in der Entwicklung weiter voranzutreiben mit den Zielen:

– weltweite Vernichtung sämtlicher Atomwaffen;

– Verzicht auf eine neue atomare Aufrüstungswelle;

– Verzicht auf Weltraumwaffen;

– Vernichtung aller biologischen und chemischen Waffen und Verzicht auf die Neuentwicklung dieser Waffen;

– dauerhafte Fortgeltung des ABM-Vertrages (Begrenzung der Antiraketensysteme);

– Fortführung der Abrüstungsverhandlungen auch im konventionellen Bereich mit dem Ziel, eine erhebliche Reduzierung der Waffen und Truppen in beiden Lagern zu erreichen und auch hier ein Gleichgewicht zwischen den Blöcken herzustellen.

4. Vor allem gilt es zu verhindern, daß – von welcher Seite und in welchem Bereich auch immer – neue „Nachrüstungen" eingeleitet werden. Eine solche Gefahr zeichnet sich konkret ab

– in der Diskussion über die sogenannte „Modernisierung" der atomaren Kurzstreckenraketen und der atomaren Artillerie, bei der es sich qualitativ und quantitativ um eine neue atomare Rüstung handeln würde;

– in der Aufrüstung im Bereich der chemischen (vor allem „binären") Waffen;

– in der Verstärkung der Erforschung neuer Anwendungsmöglichkeiten im Bereich der biologischen Waffen;

– durch Beschlüsse der Bundesregierung zur Modernisierung von Waffensystemen im konventionellen Bereich (Jäger 90).

Die Gewerkschaften werden diesen Tendenzen, die die Gefahr eines Scheiterns des mit dem INF-Vertrag möglich gewordenen breiten Abrüstungsprozesses beinhalten, weiter entschlossen entgegentreten.

5. Von der Bundesregierung erwarten wir ernsthafte und wirksame Anstrengungen zur Verwirklichung eines umfassenden Abrüstungs- und Verteidigungskonzeptes im westlichen Bündnis, das Sicherheit auf einem möglichst niedrigen militärischen Niveau ermöglicht.

Als konkrete Schritte dazu fordert der 12. ordentliche HBV-Gewerkschaftstag:

– Schaffung der Voraussetzung für einen schnellstmöglichen Abzug aller Mittelstreckenraketen entsprechend dem INF-Abkommen;

– nachhaltiger Einsatz für einen vollständigen Stopp von Atomtests;

– Widerstand gegen eine neue Nachrüstung im Bereich der Kurzstreckenraketen und der atomaren Artillerie; statt dessen ist eine „dritte Nullösung" auch im Bereich der atomaren Waffen im Kurzstreckenbereich anzustreben;

– Verzicht auf die Stationierung bzw. Lagerung atomarer, chemischer und biologischer Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland;